Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 8-9

Artikel: Die Krise der sozialistischen Doktrin in Europa
Autor: Philip, André
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336656

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

einsetzt. Aufgabe sozialistischer Politik wird sein, dafür zu sorgen, daß auch diese Steuer den Forderungen sozialen Ausgleichs nach Möglichkeit Rechnung trägt.

ANDRÉ PHILIP

Die Krise der sozialistischen Doktrin in Europa

Der internationale Sozialismus macht gegenwärtig eine Krise durch, die die sozialistischen Aktivisten ernstlich zu beunruhigen beginnt. Ungeachtet des Wiederaufbaues der sozialistischen Internationale, die im vorigen Jahre vor sich ging, gehen die Anschauungen der Parteien über die wesentlichen Probleme scharf auseinander und widersprechen sich. In bezug auf den Schuman-Plan oder die Europa-Armee vertraten die Sozialisten in den verschiedenen Parlamenten Thesen, die in krassem Widerspruch zueinander standen. Die Gegensätze zwischen unseren Parteien sind oft viel ernster als jene zwischen den bürgerlichen Parteien.

Ich möchte in diesem Artikel die Ursachen jener Schwierigkeiten untersuchen, die meiner Ansicht nach hauptsächlich auf folgendes zurückzuführen sind:

1. Die sozialistischen Parteien scheinen tatsächlich, nach und nach, Marx durch Keynes als Theoretiker des internationalen Sozialismus ersetzt zu haben.

2. Das Hauptgewicht wurde auf die Planung der im nationalen Rahmen verwirklichten Wirtschaft gelegt. Das hat die Konzeption des Sozialismus gründlich verändert.

3. Schließlich hat die wirtschaftliche Evolution der beiden letzten Jahre die immer mehr zunehmenden Schwierigkeiten offenbart, ich würde sogar sagen, die praktische Unmöglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus in einem nationalen Rahmen.

Marx wird durch Keynes ersetzt

Die Lektüre der grundsätzlichen Deklaration, die anläßlich der Wiederherstellung der sozialistischen Internationale in Frankfurt angenommen wurde, läßt eine gründliche Änderung der allgemeinen Auffassungen über die Theorie und die Aktionen unserer Partei erkennen. Diese Entwicklung erfolgte im Laufe der letzten Jahre unbewußt unter dem Einfluß der Ereignisse und auf Initiative von Parteien, die ein größeres Interesse für konkrete Realisierungen als für theoretische Erwägungen bekundeten.

Nach Marx sollte die industrielle Konzentration die gesamte Wirtschaft progressiv erfassen.

Daher sollte

1. die Arbeiterklasse zur gewaltigen Majorität der Bevölkerung werden,
2. die Verelendung zunehmen, wenn auch nicht absolut, so doch zumindest relativ im Verhältnis zum kapitalistischen Einkommen,
3. die einfache Verteidigung der konkreten Interessen jeder Arbeiterkategorie zur Verschärfung des Klassenkampfes und zur wachsenden Solidarität der Lohnempfänger innerhalb jeder Nation wie auch unter den Nationen führen;
4. die Verwirklichung des Sozialismus war also zwangsläufig, schon durch die Tatsache der technischen Entwicklung der Produktionskräfte.

In Wirklichkeit aber

1. umfaßt die Konzentration nicht die gesamte Wirtschaft. Es bestehen noch vorkapitalistische Formen, vor allem im primären (Landwirtschaft) und tertiären Sektor (Handwerk, Kleinhandel).
2. Die Konzentration selbst entwickelt neue Mittelklassen (die Kader der Großindustrie, das Handwerk, das von der zentralisierten Industrie abhängt).
3. Die eigentliche Arbeiterklasse ist weit entfernt, die Mehrheit der Bevölkerung zu werden; sie stabilisiert sich. Selbst in den entwickelten Ländern, wie die USA, nimmt ihre Zahl zugunsten einer neuen Mittelklasse, der Beamten, Angestellten der Forschungsinstitute und der Kader ab.
4. Die Lage der Arbeiterklasse hat sich in den letzten fünfzig Jahren zunächst absolut, oft auch relativ verbessert. Die Verbesserung ist von einer Aufspaltung des Proletariats in verschiedene Berufsgruppen begleitet, die oft innerhalb der Nation oder von Land zu Land miteinander rivalisieren.
5. Die Ausbeutungsform der Arbeiter verändert sich. Im neunzehnten Jahrhundert umfaßte die Industrie hauptsächlich mittlere Betriebe. Kein Betrieb war stark genug, um auf den Markt einen Druck auszuüben. Der Preis war eine objektive Realität, dem der Unternehmer sich anpassen mußte. Sein Profit mußte unter diesen Verhältnissen zumeist auf der Arbeit der Lohnempfänger beruhen. Gegenwärtig hat die Entwicklung der Technik, die industrielle Konzentration und besonders der wichtige Teil der fixen Kosten in der Produktionskosten der Betriebe zur Vorherrschaft der monopolistischen Konkurrenz geführt. Selbst dort, wo tatsächlich kein Monopol und keine Kartellvereinbarungen vorhanden sind, ist die Mehrheit der Unternehmer so mächtig geworden, um durch ihre Preispolitik einen wirkungsvollen Druck auf die Preisbildung des Marktes auszuüben. Der Profit wird nicht mehr vom Arbeiter als Produzenten erhoben, sondern von der Gesamtheit der Arbeiterklasse als Konsumenten — dank der Festsetzung von Monopolpreisen, an denen die Unternehmer die Arbeiter eines bestimmten Berufes mit Löhnen beteiligen können, die höher sind als jene der anderen Berufskategorien. Dieser Faktor hat die Tendenz, die Aufsplitterung der Arbeiterklasse in rivalisierende Berufsgruppen zu verschärfen.

6. Schließlich sind andere soziale Gruppen, die alten und neuen Mittelklassen, sich ihrer Ausbeutung durch die Großunternehmer bewußt geworden und haben antikapitalistische Gefühle offenbart, ohne daß diese sie in der Richtung zum Sozialismus geführt hätten*.

Die Konsequenz ist also:

1. Die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus ist nicht zwangsläufig. Die Arbeiter bleiben eine Minorität der Nation und können einer kapitalistischen Herrschaft oder einer technokratischen Diktatur der Techniker auf unbestimmte Zeit unterworfen werden.

2. Die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus kann nicht das Werk der Arbeiterklasse allein sein; sie hängt vielmehr von der Annahme durch andere Gruppen ab, die verschiedene Interessen haben.

3. Der Sozialismus läßt sich demnach nicht von der konkreten Verteidigung der Interessen einer einzigen sozialen Gruppe ableiten, er hängt vielmehr von einem Kompromiß zwischen diesen Interessen ab im Dienste eines moralischen Wertes, der Hochachtung vor der Person des Menschen, die von allen anerkannt ist. Der Sozialismus ist bestrebt, seinen idealistischen, oft sogar spiritualistischen Charakter zu unterstreichen. Er ist kein Produkt der Wirklichkeit, sondern der Wille zur Organisation im Namen einer bestimmten Konzeption von allgemeinem Interesse – eines nicht wirtschaftlichen Wertes.

Das bejaht ausdrücklich die Deklaration der Frankfurter Internationale, besonders in folgenden Sätzen:

«Der Sozialismus erstrebt die Befreiung der Völker aus ihrer Abhängigkeit von einer Minderheit, die die Produktionsmittel besitzt oder beherrscht.

Die Sozialisten erstreben mit demokratischen Mitteln eine neue Gesellschaft in Freiheit.

Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden.

Der Sozialismus will das kapitalistische System überwinden durch eine Wirtschaftsordnung, in der das Interesse der Gemeinschaft über dem Profitinteresse steht.

Der demokratische Sozialismus bekämpft den Kapitalismus nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Unzulänglichkeit und seiner materiellen Bedrückung großer Massen, sondern, weil er das sittliche Empfinden verletzt. Er verwirft jedes totalitäre System, weil es die Würde des Menschen schändet.» (Zitiert nach «Rote Revue», Seite 318–323, Jahrg. 1951.)

---

* Alle diese Widersprüche zwischen den von Marx aufgestellten Prognosen und der wirklich eingetretenen Entwicklung waren schon in den 1930er Jahren klar zu beobachten; vgl. *Valentin Gitermann:* Die historische Tragik der sozialistischen Idee, Zürich 1939 (Red.).

Der Sozialismus ist bestrebt, das Kollektivinteresse gegen Sonderinteressen zu verwirklichen. Welche Formen werden diese Bestrebungen annehmen?

Es ist merkwürdig, daß in der Frankfurter Deklaration das Hauptgewicht auf die kollektive Organisation des wirtschaftlichen Lebens gelegt wird, auf die Planung und auf das, was wir in Frankreich mit Dirigismus bezeichnen; die kollektive Aneignung der Produktionsmittel, die verwischt ist, und die Nationalisierungen scheinen nur in dem Maße wünschenswert zu sein, in welchem die Verwirklichung der Planung es erfordert. Auf industrielle Demokratie wird nur gelegentlich hingedeutet. Es ist klar, daß der wesentliche Teil des Textes auf die technische Organisation der Wirtschaft konzentriert ist. Seit Kriegsende haben die sozialistischen Parteien die große Autorität jener Schwesterorganisationen anerkannt, die den größten Erfolg hatten, die Macht ergriffen, sie lange behauptet und die wirtschaftlichen und sozialen Kader in großem Maße umgestaltet hatten. Das waren hauptsächlich sozialistische Länder ohne Theorie: England und die skandinavischen Länder. Der Sozialismus hatte sich in den letzten Jahren in diesen Ländern als konkrete Reaktion auf besondere Probleme, die sie bereits kannten, vor allem in nationalem Rahmen, entwickelt: insbesondere als Reaktion auf die Anarchie, welche die Periode 1925 bis 1929 charakterisierte, und auf die allgemeine deflationistische Depression, die auf die Krise von 1929 folgte.

Um die Frage verständlich zu machen, greifen wir ein wenig zurück: das 19. Jahrhundert hatte einen internationalen Markt gekannt, der trotz der Krise und dem Elend der Arbeiter eine bedeutende Erhöhung der Produktion und eine ansehnliche Entwicklung des internationalen Handels zuließ. Das war das goldene Zeitalter des wirtschaftlichen Liberalismus. Noch jetzt finden sich viele Menschen, die unsere Schwierigkeiten durch eine Rückkehr zum Automatismus der Goldwährung, ohne Einschränkung und Veränderung, lösen möchten. Aber eine Untersuchung der wirtschaftlichen Struktur des 19. Jahrhunderts genügt, um zu sehen, daß das, was man Automatismus der Goldwährung nannte, die Anerkennung einer übernationalen Autorität durch alle Regierungen war, aber einer privaten Autorität, die der Platz von London war. England, dieses schnell industrialisierte Land, repräsentierte damals die vorherrschende Wirtschaftsmacht. Es hatte mit vollem Bewußtsein seine internationale Führerrolle übernommen. Um seinen Export zu entwickeln, hatte es sich entschlossen, durch Einführung des Freihandels seine Landwirtschaft preiszugeben und die Lebensmittel für seine Bevölkerung zu billigen Preisen zu importieren. So gestattete es seinen Schuldnern, einen Teil ihrer Schulden zu bezahlen.

Ferner: da seine Bilanz regelmäßig mit einem Aktivsaldo abschloß, verfolgte England auf Grund der Überschüsse eine systematische, langfristige

Interventionspolitik. Das hatte einen regelmäßigen Zufluß von Investitionen in seinen neuen Ländern zur Folge und ermöglichte ihre progressive Industrialisierung. Schließlich hat die Ausbildung des internationalen Handelsgeschäftes in London diesen Platz zum Zentrum kurzfristiger Kapitalbewegungen gemacht. Seine Souveränität ist durch die anderen Länder anerkannt worden. Wenn die Londoner «Merchant Bankers», die im Verwaltungsrat der Bank von England die Majorität besaßen, eine Änderung des Wechselkurses beschlossen, wurde diese Änderung sofort in den anderen Ländern, die die Veränderungen ihrer Goldreserven und die Bewegungen des Handels verfolgten, angenommen, ohne Rücksicht auf den Preis, welchen sie hiefür bezahlten, sei es eine Baisse der Preise oder Bankerotte oder Arbeitslosigkeit. Hier handelte es sich nicht um einen Automatismus, sondern um eine Reihe von Beschlüssen, die Privatkapitalisten faßten, deren Autorität internationale Anerkennung gefunden hatte.

Dieses System brach unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zusammen. Vergebens versuchte Europa nach einigen Inflationsjahren zur guten alten Zeit von 1914 zurückzugelangen und die Goldwährung in Form eines «Gold Exchange Standard» wiederherzustellen. Vergebens bemühte sich England 1925, in der Hoffnung seine finanzielle Oberhoheit wiederzugewinnen, das Pfund Sterling auf pari zurückzubringen. In einer Wirtschaft, die nicht mehr über die Elastizität des 19. Jahrhunderts verfügte, war die Revalorisation des Pfundes von einer korrespondierenden Deflation der Preise und Einkommen nicht begleitet. Sie hatte nur die eine Wirkung: die Herstellungskosten der englischen Industrie zu steigern, eine Exportkrise vor allem von Kohle und Textilien herbeizuführen, die von einer chronischen Arbeitslosigkeit einiger Millionen Arbeiter begleitet war. Ferner hat der englische Eigensinn, die Investitionen fortzusetzen, ohne hiefür die Geldmittel zu besitzen, England dazu gebracht, im Ausland mehr zu investieren als es das Aktivsaldo seiner Guthaben erlaubte. Infolge Funktionierens des «Gold Exchange Standards» ist die Differenz im voraus von den in London kurzfristig angelegten Kapitalien vorweggenommen worden. Das Resultat war ein labiles Gleichgewicht, das 1931 plötzlich zusammenbrach.

Schließlich: die Vereinigten Staaten, die aus dem Krieg bereits als große industrielle Macht und internationaler Wirtschaftsführer hervorgegangen sind, waren sich zu jener Zeit ihrer Verantwortlichkeit noch nicht bewußt. Anstatt ihre Zollgebühren zu senken, erhöhten sie sie 1921, dann 1932. Anstatt eine langfristige Investitionspolitik zu verfolgen, ließen sie die Privatkapitalien, in Form kurz- und mittelfristiger Depots, sich von Platz zu Platz bewegen. Die ebenso schnellen und plötzlichen Bewegungen von fast 3 Milliarden Dollar (dieser Kapitalien) waren ein Faktor, der die Krise verschärfte. Als sie ausgebrochen war, hatte die Krise von 1929 die Totenglocken des internationalen Marktes geläutet. Angesichts der Verallgemeinerung des deflationistischen Druckes, der überall Preissenkungen, Arbeitslosigkeit und allge-

meines Elend verursachte, lösten sich die Länder vom internationalen Markt und suchten die Vollbeschäftigung ihrer Arbeiter im engeren Rahmen, das Gleichgewicht der Spareinlagen und der Investitionen, des globalen Einkommens und der Produktion zu sichern, selbst um den Preis eines niedrigeren Lebensstandards, der den Verzicht auf einen internationalen, in der Regel vorteilhaften Handel nach sich zog.

In diesem Augenblick hatten die Ideen Lord Keynes' in England gesiegt und besonders das ganze Denken der Labour Party durchdrungen. Die Hauptsorge unserer Freunde ist noch jetzt, einer Wiederholung der gräßlichen Periode, die sie von 1925 bis 1931 durchgemacht hatten, zu entgehen. Die Entwicklung ihrer gesamten Taktik und ebenso ihrer Theorie ist von einer Reaktion auf diese Periode beherrscht. Keynes' Lehren haben zur sozialistischen Denkart viel beigetragen. Er hatte die Notwendigkeit der Vollbeschäftigung an die erste Stelle gesetzt und eine neue Technik der Ausgleichsmethoden für die Verschiedenheiten der privaten Investitionen durch die Lenkung der Nachfrage ausgearbeitet, die durch einen Regierungspakt herbeigeführt wird. Er ist der Schöpfer der Technik für die Kontrolle von Verbrauch und Einkommen, vor allem einer fiskalischen Technik, die die Stabilisierung der Wirtschaft und die Verwirklichung des progressiven Ausgleiches der sozialen Bedingungen gleichzeitig ermöglicht. All das müßte erhalten bleiben. Besonders wir Franzosen haben noch viel von der wirtschaftlichen Technik zu lernen, die in England und in den skandinavischen Ländern, vor allem in Schweden, in Gebrauch ist.

Diese Verfolgung der wirtschaftlichen Stabilität im nationalen Rahmen hat eine Reihe von Problemen hervorgerufen, für welche eine Lösung noch nicht gefunden wurde.

1. Die Leitung einer Wirtschaft erfordert eine gründliche Kenntnis aller die wirtschaftliche Entwicklung bestimmenden Faktoren, eine Kenntnis, zu der nur eine gewisse Zahl jener Menschen, denen besondere Befugnisse zustehen, befähigt ist. Ein Keynes-Sozialismus hat unvermeidlich einen techno-bürokratischen und autoritären Anstrich. Er ist sicherlich ein Mittel, die neuen Mittelklassen der Beamten und Techniker zu uns herüberzuziehen, die wesentlich das Maximum des Ertrages und der Produktivität anstreben, um ihren Beruf gut auszuüben. Aber das birgt in sich die Gefahr, zu vergessen, daß der Sozialismus vor allem die Befreiung des Menschen zur Aufgabe hat, daher auch die Unabhängigkeit der Arbeiter am Arbeitsplatz.

Eine solche Auffassung vom demokratischen und dezentralisierten Sozialismus, der seine Tätigkeit durch autonome Institutionen ausübt, die aus der Arbeiterklasse selbst hervorgegangen sind, hatte früher den französischen Syndikalismus beeinflußt, sie hatte ihren Ausdruck in der Formel vom Jahre 1848 gefunden: Abschaffung der Lohnarbeit, während die moderne Technokratie eher zu ihrer Verallgemeinerung führt. Was mich betrifft, so habe ich mit Besorgnis beobachtet, daß der Begriff der industriellen Demokratie in

der Deklaration der Frankfurter Internationale in den Hintergrund gedrängt wurde, während die sozialistische Tradition ihn im Gegenteil am Anfang unseres Aktionsplanes beibehalten müßte.

2. Eine solche Wirtschaftsrichtung bemüht sich, das Allgemeininteresse gegen die Sonderinteressen zu verwirklichen. Um Erfolg zu haben müßte sich der Staat für eine solche Politik auf reelle und mächtige Kräfte stützen. Unglücklicherweise herrscht in dieser Beziehung gegenwärtig völlige Verwirrung. Eine solche Verwirrung bestand zu allen Zeiten. Der Fortschritt der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen hat sich historisch gesehen nicht gradlinig vollzogen. Wirft man einen Blick auf die Geschichte des Syndikalismus, kann man in der Hauptsache drei Perioden unterscheiden:

Bei ihrer Entstehung ist die Arbeiterbewegung in wirtschaftlicher Hinsicht reaktionär. Die Arbeiter rebellieren gegen den technischen Fortschritt, versuchen die Maschinen zu zerschlagen und die alte mittelalterliche Ordnung zu erhalten. Das ist die Phase des rohen Klasseninstinktes.

Hernach suchten die Arbeiter einen Platz innerhalb des kapitalistischen Systems, entweder individuell als kleine Unternehmer oder indem sie als Verkäufer von Arbeit sich in Berufsverbänden zusammenschlossen, um ihre Ware möglichst teuer zu verkaufen (Barbaretismus in Frankreich; die alten Tradeunions in England; die AFOL in den USA).

Das ist die Phase des Klassenkampfes, des Kampfes der Gruppeninteressen innerhalb und im Geiste des Kapitalismus.

Das Klassenbewußtsein, das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter aller Berufe, innerhalb der Nation wie auch innerhalb der Nationen in der Welt ist keine wirtschaftliche Größe, sondern das Resultat einer langdauernden Entwicklung, die die Erfahrungen mit dem Einfluß der moralischen Erziehung des sozialistischen Idealismus kombiniert.

Aber beide vorangegangenen Phasen sind als tastende Versuche innerhalb der Arbeiterklasse geblieben. Die korporatistische Abweichung, die die Arbeiterklasse in Berufsgruppen spaltet, welche sich zuweilen dem Unternehmer anschließen, um begrenzte Interessen zu verteidigen, besteht noch immer als ständige Gefahr in unseren Organisationen.

Diese Gefahren treten noch viel fühlbarer in jenen sozialen Gruppen hervor, welche sich gegenwärtig nur zum Antikapitalismus durchgerungen haben, ohne aus der Bewußtseinseinbildung und der historischen Erfahrung der Lohnempfänger Nutzen zu ziehen. Wir haben bereits gesehen, wie die Kader, die Staatsbeamten oder technischen Direktoren der Großbetriebe und ebenso die aus dem technischen Fortschritt hervorgehenden Mittelklassen im sozialistischen Sinn sich leicht orientieren könnten. Sie denken an das «Allgemeininteresse», streben nach dem technischen Fortschritt, aber unterliegen schnell einer technokratischen Abweichung: Geringschätzung der manuellen Arbeit, Autoritarismus, abstraktem Dirigismus.

Die Bauern reagieren immer mehr auf den Handels- und Finanzkapitalis-

mus, anfangs nur mit der Absicht, den Markt zu beherrschen und den höchsten Preis für ihre Produkte zu erzielen. Ein Bauer, dem ein enger, dünn bevölkerter Markt zur Verfügung steht, fürchtet dessen Unzulänglichkeit und reagiert auf jede Preisänderung durch Verringerung der Produktion. Nur in einem dichtbewohnten Land, das über große Märkte verfügt oder für den Export arbeitet, kann die Bauernschaft, wenn sie in Produktiv- und Verkaufsgenossenschaften fest organisiert ist, den Grundstock einer wahren sozialistischen Landwirtschaft bilden.

Die alten Mittelklassen, welche in Frankreich so zahlreich sind, sind gleichzeitig antikapitalistisch und antisozialistisch. Ihre Losung: «Kampf der Kleinen gegen die Großen» hat nichts mit Sozialismus zu tun. Im Gegenteil. Sie ist der Ausdruck der Verteidigung des Status quo und der rückständigsten Formen der wirtschaftlichen Organisation. Der technische Fortschritt unterminiert sie. Da er sie in die Reihen der Arbeiter hinabstößt, erzeugt er bei ihnen einen Haßkomplex gegen die Arbeiterschaft. Sie lassen sich vom Klasseninstinkt leiten und sind bestrebt, durch Schutzzoll und mittelalterliche Reglementierung eine überholte Technik aufrechtzuerhalten. Sie werden leicht eine Beute autoritärer Doktrinen.

Ein Staat, der in einem durch so verschiedene, entgegengesetzte Interessen charakterisierten Milieu eine Planung versucht, muß ein starker Staat sein (einschließlich aller politischen Gefahren, die diese Stärke bergen kann), wenn er eine wirklich gelenkte und nicht lenkende Wirtschaft verwirklichen will. Das, was man oft als dirigierte Wirtschaft, vor allem in Frankreich, bezeichnet, das sind staatliche Interventionen, welche zur Kategorie konservativer Interventionen gehören. Sie bilden eine Gefahr, weil sie nicht darauf hinzielen, die Wirtschaft in der Richtung des technisch-revolutionären Fortschrittes zu orientieren, sondern mächtige Berufsorganisationen zu verteidigen und den Status quo aufrechtzuerhalten. Es scheint in der Tat, daß in den vergangenen Jahren die gelenkte Wirtschaft in sozialistischem Sinn nicht orientiert werden und eine reelle Wirkungskraft nur in Ländern haben konnte, in welchen die geeinte Arbeiterklasse über genügende Kräfte verfügt, um die Regierung zu unterstützen.

Der nationale Sozialismus

Aber man kann und muß gegenwärtig sich fragen, ob selbst in diesem Fall eine erfolgreiche Leitung der Wirtschaft im nationalen Rahmen möglich ist. Ein Problem von größter Bedeutung ist uns jetzt durch die zwischen den USA und Europa bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen gestellt.

Ich habe gezeigt, wie alle in der Vergangenheit im nationalen Rahmen angewendeten Maßnahmen der dirigierten Wirtschaft zum Ziele hatten, eine bestimmte ökonomische Stabilität, selbst um den Preis eines niedrigeren Lebensstandards, zu erreichen, indem sie die in Frage befindliche Nation

vom internationalen Markt absonderten und sie der Gefahr einer Instabilität und Störung aussetzen, die die Folge der amerikanischen Krise vom Jahre 1929 war.

Seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges sind die Bemühungen der USA um Wiederherstellung des internationalen Marktes, um Beseitigung der quantitativen Restriktionen und die Verringerung der Zollgebühren auf hartnäckigen Widerstand der meisten Länder gestoßen, welche eine Wiederholung der Vorfälle befürworteten, die mit denen aus dem Jahre 1929 verglichen werden könnten.

Zurzeit teile ich diese Furcht nicht. Unmittelbar nach dem Kriege hatte man eine schwere Umstellungskrise in den Vereinigten Staaten erwartet. Die Rückführung des Produktionsapparates zur Friedensproduktion hatte sich im Gegenteil schnell und ohne große Schwierigkeiten vollzogen. Jetzt verzichtet die amerikanische Wirtschaft auf die zivile Produktion, um sich auf die Wiederaufrüstung zu orientieren. Aber sie macht es noch in einer stabilisierten Wirtschaft, die begleitet ist von einem tragfähigen Stand der Löhne und Preise und einem reichlichen Angebot von Konsumgütern. Trotz fortlaufender Erhöhung der militärischen Ausgaben, die von 5 Prozent des nationalen Bruttoeinkommens im Jahre 1949 auf 12 Prozent im Jahre 1951 angewachsen sind, sind die zivilen Investitionen auf einen jährlichen Satz von mehr als 16 Milliarden Dollar gestiegen. Der Konsum reduzierte sich nicht durch Erhöhung der fiskalischen Abgaben, sondern durch ein freiwilliges Anwachsen der Ersparnisse. Die amerikanische Wirtschaft scheint gegenwärtig eine größere Elastizität als die europäischen Länder zu besitzen und im Grunde genommen, vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, am leichtesten dirigierbar zu sein. Der Verbrauch kann entsprechend den Wünschen der Regierung aus vielen Gründen sich verändern. Da er normal gestiegen ist, kann er im Notfall ohne große Gefahren, hauptsächlich auf dem Gebiet der dauerhaften Güter, gesenkt werden (Automobile, Kühlschränke, Rundfunk-, Fernsehapparate usw.). In einigen Jahren könnte eine Veränderung eintreten, ohne Verluste nach sich zu ziehen. Schließlich, da der Verbrauch hauptsächlich durch die Praxis der Abzahlungsgeschäfte finanziert ist, welche von 5 Milliarden Dollar Ende 1945 auf mehr als 20 Milliarden Ende 1950 gestiegen sind, kann er durch Modifikationen, nämlich durch Förderung der Barzahlungen für den Kauf dieser Güter geändert werden.

Ich glaube nicht an eine Wiederholung der Ereignisse, die denen von 1929 ähnlich wären. Wenn eine Depression drohen sollte, wird jede amerikanische Regierung das ganze Arsenal der Keynes'schen Technik anwenden, um schnellstens ein neues Gleichgewicht herzustellen und eine verallgemeinerte deflationistische Pression zu vermeiden.

Wir stehen aber jetzt vor einem anderen Problem: der Existenz eines wichtigen Multiplikators in den Beziehungen zwischen den USA und den europäischen Ländern. Die amerikanische Produktion ist so beträchtlich,

daß die Einfuhr für den Verbrauch nur eine geringe und begrenzte Rolle spielt. Selbst eine sehr geringe Veränderung der amerikanischen Produktion, sei es eine Erhöhung oder eine Verringerung, zieht eine sehr wichtige Änderung des Einfuhrvolumens nach sich. So hat 1949 eine Änderung von 4 Prozent des Produktionsindexes eine Änderung des Einfuhrvolumens um 18 Prozent hervorgerufen. Außerdem stellen die amerikanischen Importe eine so große Masse dar, daß sie unmittelbar die Gestaltung der internationalen Preise beeinflussen. Betrachtet man den Verbrauch an Metallen, so stellt man fest, daß von 1936 bis 1950 der amerikanische Verbrauch an Aluminium von 30 auf 60 Prozent des Weltkonsums gestiegen ist, der Verbrauch von Kupfer und Blei von 30 auf 50 Prozent, der von Zinn und Zink von 40 auf 50 Prozent. Während wir, fast alle, Importeure der unentbehrlichen Stoffe sind, erzeugen die Amerikaner den größten Teil dieser Stoffe im Lande selbst und führen nur die notwendigen Ergänzungen ein. Durch Exportlizenzen können sie alle ihre Rohstoffe für sich reservieren und sie ihrer Preiskontrolle unterwerfen. Sie können einer Einfuhr zu anderen als den von ihnen vorgeschriebenen Preisen ausweichen. Da kein anderes Land der Welt die technischen Qualitäten oder die Größe des amerikanischen Marktes hat, muß Europa, wenn es durch Amerika nicht beliefert wird, sich an die wirtschaftlichen Randgebiete wenden und höhere Preise zahlen. So ist letztes Jahr infolge der massiven Hausse, die der Krieg in Korea verursacht hatte, der amerikanische Preis für Baumwolle um 13 Prozent gestiegen, in Europa um 50 Prozent. Die Amerikaner haben ihren Bedarf an Schlagholz zu 90 Prozent aus der eigenen Produktion zu einem um 18 Prozent erhöhten Preis gedeckt. Die fehlenden 10 Prozent führten sie zu einem um 50 Prozent erhöhten Preis ein. Aber Westeuropa, das in dieser Beziehung ganz auf Einfuhr angewiesen ist, mußte einen um 300 Prozent erhöhten Preis bezahlen. Infolge der Hausse von Kupfer erhöhte sich in den USA der Preis um 27 Prozent für die eigene Erzeugung, die drei Viertel des Verbrauches deckt. Für die Einfuhr des fehlenden Viertels stellte sich der Preis für sie um 40 Prozent höher. In Europa sind aber die Preise hiefür um 100 bis 125 Prozent, je nach dem Land, gestiegen. Das bedeutet, daß jede Änderung der amerikanischen Produktion eine über die Proportionen hinausgehende Änderung der Einfuhr nach sich zieht und daß jede Änderung der amerikanischen Einfuhr eine weit über diese hinausgehende Veränderung in den Bewegungen der Weltpreise, in den Einfuhren der europäischen Länder und in den aus dem Gleichgewicht geratenen Zahlungsbilanzen verursacht.

Es handelt sich hier nicht darum, die Politiker der Vereinigten Staaten zu kritisieren oder von amerikanischem Imperialismus zu sprechen, wie es von gewisser Seite geschieht. Man muß nur feststellen, daß Amerika eine wirtschaftliche Vorherrschaft besitzt und daß es durch seine Masse, ohne Rücksicht auf sein politisches Regime, die Preis- und Kapitalbewegungen bestimmt, die das Gleichgewicht der kleinen europäischen Nationen zu ver-

nichten vermögen. Diese Tatsache scheint im gegenwärtigen Augenblick jede Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus in einem einzigen Land zu verrammeln. Niemand unter uns, auch nicht das britische Commonwealth, ist imstande, eine gelenkte Wirtschaft zu besitzen. Er kann nur versuchen, auf die Preisbewegung, deren Ursprung sich in den USA befindet, durch aufeinanderfolgende und entgegenwirkende Maßnahmen zu antworten.

Aus diesem Grunde – ich lasse augenblicklich die Korrektive, die im internationalen Maßstab in Betracht gezogen werden könnten, beiseite – glaube ich an die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Vereinigten Staaten von Europa. Nur ein geeinigtes Europa, das mit der Gesamtheit der Länder jenseits des Ozeans verbunden wäre, ist imstande, einen Markt zu errichten, der sich mit dem der USA messen und daher vermeiden könnte, nur ein einfaches passives Element gegenüber den Erschütterungen der Zahlungsbilanz zu sein, die auf auswärtigen Ursprung zurückzuführen wären.

Schlußfolgerungen

Schließlich bin ich der Ansicht, der Sozialismus müßte gegenwärtig, unter Zugrundelegung einer klaren Analyse der aktuellen Probleme, versuchen, über seine Theorien nachzudenken. Wir haben darüber vor einigen Wochen in der Versammlung der sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa, die ebenfalls in Frankfurt stattgefunden hatte, diskutiert und sind zu Ergebnissen gelangt, an die ich abschließend erinnern möchte, um unter den Genossen eine Diskussion anzuregen, diese Probleme tiefer zu erfassen und uns schrittweise der Wahrheit zu nähern.

1. Es ist wichtig, auf eine der Hauptideen von Marx zurückzugreifen, nämlich, daß die sozialistische Bewegung mit dem Aufschwung der Produktivkräfte eng verbunden ist. Der Sozialismus ist in der Technik immer führend, er ist seinem Wesen nach expansionistisch. Der Sozialismus ist keine Theorie der Knappheit (austérité). Es handelt sich nicht nur darum, die vorhandenen Reichtümer besser zu verteilen, sondern vor allem darum, neue zu schaffen. Er muß sich daher allem widersetzen, was das wirtschaftliche Leben auf einem technisch rückschrittlichen Stadium aufrechterhält, und jede Begünstigung der überholten Produktionskräfte bekämpfen. Der Sozialismus muß sich immer gegen die malthusianischen Kräfte eines reaktionären und monopolistischen Kapitalismus wenden, unter welcher Etikette sie sich auch zu tarnen versuchen. Er muß sich jenen Kräften anschließen, welche jetzt die technische Revolution verwirklichen wollen, die ein Wachstum der Produktivitiät und eine Verbesserung des Lebensstandards aller ermöglichen wird.

2. Dieser expansionistische Sozialismus steht in hohem Maße im Dienste des Menschen. Er bekämpft jegliche Unterdrückung oder Ausbeutung der Menschen, ohne Rücksicht darauf, ob sie vom Kapital, von einem totalitären

Staat oder von der Technokratie herrührt. Der Sozialismus will den Menschen befreien, sowohl auf seinem Arbeitsplatz wie auch in bezug auf das gesamte soziale Leben. Er muß daher das Hauptgewicht auf wirtschaftliche Demokratie legen, auf Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle. Er muß dem bürokratischen Etatismus, der stets der Gefahr ausgesetzt ist, in der Technokratie unterzugehen, Dezentralisierung und Demokratie der Institutionen entgegenstellen.

3. Der Sozialismus ist von vornherein internationalistisch, weil er bestrebt ist, den Menschen zu befreien. Wir sind gewöhnt, das zu beteuern, aber üben es leider wenig aus. Jene, welche oft die Internationale singen, versuchen, wenn sie im konkreten Leben stehen, berufliche und nationale Interessen zu verteidigen, ohne sich der Folgen ihrer Haltung für die Mehrheit der Arbeiter bewußt zu sein. Der Sozialismus aber bejaht die Solidarität des Proletariats in allen Situationen, bei allen Problemen des sehr elenden, sehr ausgebeuteten menschlichen Wesens.

Es besteht daher für Europa das Problem der italienischen Arbeitslosen als europäisches und nicht als italienisches Problem. Ebenso ist das Problem der deutschen Flüchtlinge ein europäisches und nicht ein deutsches Problem. Auch muß der Sozialismus den Völkern jenseits des Ozeans den Zugang zur Demokratie sichern und ihre wirtschaftliche Entwicklung unterstützen, weil es für ihren sozialen Fortschritt unerläßlich ist.

Diesen Punkt betone ich besonders: meiner Ansicht nach besteht die ernste politische Spaltung in der Welt, die Trennung zwischen Reaktion und Demokratie, vor allem zwischen jenen, die die Probleme mit partikularistischen Methoden und partikularistischem Geist anfassen, und jenen, die mit einer universellen Methode und universellem Geist an sie herangehen.

Reaktionär ist, wer die Probleme von seinem individuellen, familiären, beruflichen oder nationalen Gesichtspunkt betrachtet, unter welcher Etikette er auch auftritt. Der Republikaner prüft die Rückwirkung jedes Problems auf alle Menschen, die es angeht, und betont jedesmal seine Solidarität mit den Unglücklichen und am meisten Ausgebeuteten. Der Sozialismus, der internationalistisch und eine fortdauernde Bewegung zur Befreiung des Menschen ist, kann sein Schicksal mit dem vergänglichen geschichtlichen Phänomen, mit dem souveränen nationalen Staat, nicht verbinden, über den gegenwärtig die Entwicklung der Produktivkräfte selbst das Urteil gesprochen hat. Schließlich muß ein moderner Sozialismus europäisch sein, keineswegs, um über die lokalen, veralteten Nationalismen eine Art Supernationalismus zu setzen, sondern im Gegenteil, um im regionalen Rahmen, wo die Probleme dringend sind und eine sehr große Gefahr bilden, eine internationalistische Methode zur Lösung dieser Probleme anzuwenden, nämlich durch den technischen Fortschritt und durch die Errichtung kollektiver wirtschaftlicher Institutionen, die geeignet wären, die Wirtschaft in den Dienst der ganzen Welt zu stellen.

Der Sozialismus steht gegenwärtig vor einem schweren Problem. Wenn er verstehen wird, zu seinen humanitären, demokratischen und internationalistischen Anfängen zurückzukehren, wird er die Führung der Bewegung für ein neues Europa übernehmen können. Wenn er aber in nationalem Rahmen zusammenschrumpfen wird, um vorübergehende und ungenügende Realisationen zu retten, wird ihn dasselbe Schicksal wie die katholische Kirche treffen. Nachdem sie die mittelalterliche Zivilisation durch Einflüsse ihres Geistes verbessert hatte, solidarisierte sie sich mit ihr und war im Augenblick der Geburt des Kapitalismus als reaktionäre Kraft überholt. Der internationalistische Sozialismus muß sich vom nationalen Rahmen lösen, in welchem gewisse Realisationen möglich waren, und seine Berufung bejahen, die Arbeiter in allen Ländern und bei allen Problemen zu verteidigen.

(«Revue Socialiste», Paris 1952. Übersetzt von Dr. M. Bardach, Zürich.)

RICHARD KLEINEIBST

Sozialistisches Neubesinnen

So gut wie andere Ideen ist auch die sozialistische Idee in ihren wechselnden theoretischen *Ausdrucksformen* – nicht in ihrer *Wesenheit!* – Kind einer bestimmten Zeitepoche, «Produkt ihrer Verhältnisse». Das trifft auf den Marxismus ebenso zu wie – beispielsweise – auf den Fabianismus. Von der tiefgreifenden globalen, staatlich-gesellschaftliche und zugleich Denkformen auflösenden Revolution konnte auch die sozialistische Idee – innerhalb der oben genannten Begrenzung – nicht unberührt bleiben. Dies um so weniger, seitdem auf der einen Seite die in Rußland herrschende Staats- und Gesellschaftsform mit dem Anspruch auftritt, im Prinzip die Erfüllung des «Marxismus» wie des «Sozialismus» darzustellen – ein Anspruch, der aus durchsichtigen Gründen gern von der bürgerlich-kapitalistischen Welt honoriert wird –, während anderseits in Westeuropa sozialistische Parteien eine, wenn auch begrenzte, Möglichkeit hatten, sozialistische Ideen in die Praxis umzusetzen und an der Praxis Theorien zu erproben. Wie – am weitesten sichtbar – die *Labour Party* in England. «Neubesinnen» über Wege und Ziele des Sozialismus hat denn auch in der Labour Party besonders intensiv eingesetzt. Es ist das, wie gegnerische Kritiker in Selbstgefälligkeit sich schmeicheln, kein Zeichen der Schwäche, vielmehr ein Beweis selbstsicherer Lebenskraft.

Nun ist neuerdings, stärker als ihre Verfasser es geahnt, eine Broschüre ins Rampenlicht der britischen öffentlichen Diskussion gerückt, die sich (auf deutsch) «Sozialismus – eine neue Prinzipienerklärung» betitelt.* Die Bro-

* «Socialism – A new statement of principles.» Presented by Socialist Union. 64 S. London 1952.